

Kaufering VII: Wer könnte einen Holocaust-Gedenkort betreiben?

Manfred Deiler von der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung erneuert im Stadtrat seine Forderung nach Baurecht auf dem Gelände bei Erpfting. Laut Stadt sind noch entscheidende Fragen zu klären.

Von Dominik Stenzel

Landsberg Es gibt schon seit geraumer Zeit Pläne, auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagerkomplexes Kaufering VII einen Holocaust-Gedenkort zu errichten. In einer Sitzung des Landsberger Stadtrats erneuerte Manfred Deiler, Präsident der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung, seine Forderung, Baurecht zu schaffen. Nur so könne man mit der konkreten Objektplanung vorankommen und den Bund als Zuschussgeber gewinnen. Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl (UBV) verwies zwar auf die grundsätzliche Zusage der Stadt, einen Bebauungsplan aufstellen zu wollen. Allerdings seien zuvor noch entscheidende Fragen zu klären.

Der Verein Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung thematisiert momentan mit einer Ausstellung im Klostereck den Umgang mit den baulichen Überresten des KZ-Außenlagerkomplexes Kaufering VII, wo mit den Tonröhren noch Originalbauten des Lagers erhalten. Manfred Deiler informierte zu diesem Anlass gemeinsam mit der Landsberger Historikerin Dr. Edith Raim unlängst



Eine der Tonröhrenbauten auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagerkomplexes Kaufering VII. Archivfoto: Thorsten Jordan

600 Quadratmeter für die Ausstellungsfläche

in einem Pressegespräch über die neuesten Entwicklungen. Dabei war unter anderem von einer Ausstellungsfläche mit mindestens 600 Quadratmetern an der geplanten Gedenkstätte die Rede. Nun war Deiler auch zu einer Sitzung des Stadtrats eingeladen.

Deiler sprach über den Austausch des Vereins mit dem bayerischen Kultusministerium und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, die bereits Trägerin der KZ-Gedenkstätte Dachau ist. Für den Erinnerungsort – das favorisierte Grundstück befindet sich nahe der Erpfinger Straße und der B17 – soll seinen Ausführungen zufolge außerdem der Bund als Zuschuss-

geber gewonnen werden. Edith Raim hat dazu ein wissenschaftliches Konzept erstellt. Darin ausgehend sind unter anderem mehrere Alleinstellungsmerkmale des ehemaligen KZ-Lagers Kaufering VII.

Der Bund müsse allerdings auch wissen, wie viel das Projekt koste, so Deiler. Eine konkrete Objektplanung mit einer daraus resultierenden Kostenkalkulation ist seinen Angaben zufolge aber nur dann möglich, wenn Baurecht bestehe. „Wir brauchen eine zuverlässige Planungsgrundlage.“ Deiler selbst habe noch keine Vorstellungen, wie ein Empfangsgebäude aussehen könnte. Es brauche zudem einen Betreiber und einen solchen zu finden, sei Aufgabe des Ministeri-

ums, sagte Deiler. Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl begrüßte, dass über mögliche Betreiber oder Träger diskutiert werde. Aus Sicht der Stadt sei unbedingt zu klären, „für wen und für was“ ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werde. „Wir müssen uns an bestimmte Rahmenbedingungen halten“, sagte Baumgartl. Die Stadt habe ebenfalls Gespräche mit dem Kultusministerium geführt. Dem Ministerium lägen alle Unterlagen vor, die es angefordert habe.

Stadtrat Axel Flörke (Landsberger Mitte) betonte ebenfalls, dass es zunächst eine Betreibergesellschaft brauche. Außerdem müsse abgestimmt werden, was genau an dem Gedenkort dokumentiert wer-

den soll, da sich auch die geplante Dauerausstellung im Stadtmuseum intensiv mit der Zeitgeschichte befasse. Wenn es einen Konsens gebe, könne man „relativ schnell über Baurecht sprechen“, so Flörke. Manfred Deiler sieht grundsätzlich „keine Dubletten“ mit der vorgesehenen Ausstellung im Stadtmuseum. Das Displaced Person (DP) Lager spiele beispielsweise auch in der Konzeption für den Gedenkort eine Rolle, solle dort aber nicht in seiner Gesamtheit dargestellt werden. Generell gebe es „Kubikmeter“ an Archiv: „Was eingedampft wird, ist Sache der Fachleute.“

Die Stadträte waren sich in der Sitzung einig, das Projekt unterstützen zu wollen. „Ich freue mich

wie ein kleines Kind auf das Stadtmuseum und ich möchte dringend, dass der Holocaust-Gedenkort ein großer Erfolg wird“, sagte Dritter Bürgermeister Felix Bredschneijder (SPD). „Wenn etwas bestellt wird, liefert die Stadt sofort.“ Christian Hettmer (CSU) plädierte dafür, dass sich die Stadt und die Stiftungen an einen Tisch setzen und ein Konzept erarbeiten. „Wir haben ein gemeinsames Ziel.“

Mit Dr. Jascha März war bei der Sitzung auch ein Vertreter der Stiftung Bayerische Gedenkstätten anwesend. Sollte die Stiftung Träger werden, würde diese die jährlich benötigten Finanzmittel in ihrem Haushalt erhalten. Zunächst gelte es aber, mit den Geldgebern Lösungen zu finden.